

NOZ Osnabrücker Land (Archiv)

24.04.2007

Zwölf Millionen Euro für die Schulen*ra Osnabrück.*

Der Landkreis Osnabrück plant eine millionenschwere Bildungsoffensive: In diesem und im nächsten Jahr sollen fast zwölf Millionen Euro in den Ausbau von sechs Schulen investiert werden. Der Kreistag muss über den Vorschlag der Verwaltung zwar noch endgültig entscheiden, die CDU/FDP/ÜWG-Mehrheitsgruppe im Kreistag hat in ihrer jüngsten Sitzung am Freitagabend aber bereits grünes Licht gegeben. Über die Pläne informiert wurde auch SPD-Fraktionschef Rainer Spiering.

„Wir haben die Zeichen der Zeit erkannt und wollen die optimale Ausstattung unserer Schulen und Berufsschulen auch für die Zukunft sicherstellen“, kommentierte Landrat Manfred Hugo gestern die Millioneninvestitionen. Und der Erste Kreisrat Reinhold Kassing ergänzte: „Eine solche Offensive hat es noch nie gegeben. Wir wollen an sechs Schulen gleichzeitig bauen und mit allen Arbeiten schon zum Ende der Sommerferien 2008 fertig sein.“ Finanziert werden soll all dies ohne eine Neuverschuldung im Etat für 2008. Die Sparsamkeit der vergangenen Jahre habe diese neu gewonnene finanzielle Handlungsfreiheit ermöglicht, hieß es. Verwirklicht werden sollen alle sechs Bauprojekte im Landkreis über eine so genannte Public Private Partnership (Finanzierung mit öffentlichen und privaten Geldern).

Der Landkreis entspricht mit den Millioneninvestitionen der enormen Nachfrage nach zusätzlichen Räumen in den Schulen. Kreisrat Winfried Wilkens dazu: „Wir haben analysiert, dass mehr Eltern als erwartet ihre Kinder an Gymnasien anmelden und die Kinder dort erfolgreich sind. Deshalb brauchen unsere Gymnasien mehr Platz.“ Der Wegfall der Orientierungsstufen hat für zusätzlichen Druck gesorgt. Außerdem haben sich die Schülerzahlen anders entwickelt als noch 2003 prognostiziert. Allein an den Gymnasien in Melle, Bramsche und GMHütte werden es insgesamt 600 Schüler mehr als vor vier Jahren erwartet. Und auch die Berufsschulen des Landkreises sind nach Wilkens' Worten in der Zukunft noch stärker gefragt, was erhebliche Investitionen erforderlich mache.

Folgende Baumaßnahmen an sechs Schulen des Landkreises sind geplant: Das Hauptgebäude des **Gymnasiums Oesede** wird um einen Trakt mit 14 Unterrichtsräumen erweitert. Die Kosten werden auf 2,7 Millionen Euro geschätzt.

Am **Gymnasium Melle** wird im Bereich des derzeitigen Parkplatzes angebaut. Dort entstehen für 2,7 Millionen Euro zehn neue Unterrichtsräume.

An den **Berufsbildenden Schulen Osnabrück-Brinkstraße** soll die vorhandene kleine Sporthalle saniert und auf dem jetzigen Sportplatz nebenan eine neue Drei-Feld-Halle entstehen. Die Kosten werden auf bis zu drei Millionen Euro geschätzt.

Am **Gymnasium Bramsche** wird der bestehende Verwaltungstrakt umgebaut und um eine Etage aufgestockt. Dort entstehen für eine Million Euro neue Funktions- und Unterrichtsräume.

An der **Integrierten Gesamtschule Fürstenau** wird unter Beteiligung der Stadt Fürstenau die vorhandene Sporthalle für rund zwei Millionen Euro vollständig saniert.

Im **Artland-Gymnasium Quakenbrück** soll die Nutzfläche der bestehenden Cafeteria auf etwa 150 Quadratmeter verdoppelt werden, da der Nachmittagsunterricht stark zugenommen hat und die Schüler ein ausreichendes Versorgungsangebot erhalten sollen. Die Kosten sind mit 250000 Euro veranschlagt.

6,5 Millionen gepumpte Euro in Beton investiert oder 6,5 Millionen Euro in Beton gepumpt

Grundsätzlich ist es richtig, in Bildung zu investieren und das auch über die Parteigrenzen hinweg zu unterstützen, wenn es sinnvoll ist.

Aber bei den im Landkreis von der Mehrheitsfraktion angekündigten Investitionen in Gymnasien in Höhe von rund 6,5 Millionen • ist die Gemengelage äußerst vielschichtig, sowohl was die Ursachen für die beklagte Raumnot anbelangt, als auch die zu erwartenden Folgeprobleme. Erschwert wird die Übersichtlichkeit zudem noch durch die Fülle der Zuständigkeiten. Während die Trägerschaft für die Haupt- und Realschulen bei den Kommunen liegt, ist der Landkreis Träger der BBSn, Förderschulen und Gymnasien, während das Land für die alle Lehrkräfte zuständig ist und die Schulpolitik bestimmt.

Die Gymnasien erfahren jetzt eine enorme Nachfrage, weil die Eltern für ihre Kinder nach Wegfall der O-Stufe „das Beste“ wollen. Auf keinen Fall sollen sie in der Restschule Hauptschule bleiben, möglichst auch nicht auf der Realschule. Z.T. sind die Eingangsklassen der Gymnasien jetzt 8-zügig, Klassenstärken von 35 sind eher die Regel als die Ausnahme.

Die Kolleginnen und Kollegen an den Gymnasien werden vor diesem Hintergrund, selbst wenn sie wollten, weniger über individuelle Förderung sondern nolens volens eher über die Verkleinerung der Klassen nachdenken können. Der Druck auf die Kleinen wächst weiter, Misserfolgsergebnisse sind vorprogrammiert.

Wenn jetzt in Gymnasien inves-

tiert wird, zahlt also der Landkreis für die verfehlte Schulpolitik der CDU. Das wird die Unterrichtssituation natürlich verbessern, damit aber auch die Gymnasien attraktiver machen und die Nachfrage damit auch weiter erhöhen.

Vermutlich wird die CDU, wenn sie die Wahlen gewinnt, ohnehin auch in Niedersachsen nach Hamburger Modell zumindest die Haupt- und Realschulen zusammenlegen und evtl. sogar Gymnasialzweige an den HS/RSn ansiedeln, um ein attraktives wohnortnahes Angebot zu schaffen. Schon Peter-Harry Carstensen hat noch in einem Koalitionsangebot vor der missglückten Wiederwahl von Heide Simonis darauf hingewiesen, dass Gesamtschulen aufgrund der demographischen Entwicklung ohnehin über kurz oder lang kommen werden und man sich darüber deshalb auch nicht streiten müsse.

Gymnasialzweige an den HRSn in den Städten und Gemeinden würden deren Schulstandorte stärken, die Hauptschüler/innen wieder stärker integrieren und es mehr Jugendlichen ermöglichen, Abitur zu machen. Letztlich würde es die Ortschaften auch für den Zuzug neuer Familien attraktiver machen.

Deshalb wäre es notwendig, wenn sich die Gemeinden und der Landkreis zusammensetzen, bevor die 6,5 Millionen investiert werden. Es wäre nicht nur bildungspolitisch sinnvoller, in den Städten und Gemeinden Gymnasialzweige einzurichten, sondern für den Landkreis auch billiger, mit den Kommunen gemeinsame Sache zu machen. Wenn die 6,5 Millionen erstmal in den Gymnasien stecken, wird der Landkreis sich nicht mehr an Gymnasialzweigen in den Kommunen beteiligen. Die 6,5 Millionen fehlen ohnehin wieder woanders im Schulbereich, z.B. an den Förderschulen und BBSn. Ganz abgesehen davon, dass

die Finanzierung der Investitionen über „Public Private Partnership“, Finanzierung mit öffentlichen und privaten Geldern, eine verdeckte Kreditaufnahme darstellt; der Landkreis verschuldet sich damit quasi, um die Folgen der verfehlten CDU-Schulpolitik zu zahlen und um die eigene Klientel zu bedienen.

Selbst Franz-Josef Raders beklagt in seinem Kommentar in der NOZ v. 24.04.2007 „Schade, dass die oppositionelle SPD-Fraktion noch gar nicht darüber beraten konnte und die Grünen davon erst aus der Zeitung erfahren. Aber zumindest erklärt Oppositionsführer Rainer Spiering tags darauf in der NOZ: „Es gibt uneingeschränkte Freude, dass unser aller Landrat diesen Vorschlag gemacht hat.“
hepe
Siehe dazu auch den Artikel von Friedhelm Hengsbach

Die schleichende Privatisierung der Bildung

Die jährlichen Ausgabe für Nachhilfeunterricht sowie die Bielefelder Studie über die Effizienz von Nachhilfeunterricht machen mindestens drei Tatbestände deutlich:

1. *Die jährlichen Ausgaben für Nachhilfe (hier sind nur die für Schulkinder genannt) entsprechen etwa 3 % der Gesamtausgaben für Bildung (einschließ Hochschulen).*
2. *Die monatliche Belastung von bis zu 150,00 • macht deutlich, dass nicht jedes Kind zusätzliche individuelle Förderung erhält. Die soziale Ausgrenzung erhält dadurch ein zusätzliche Verstärkung.*
3. *Die PISA-Ergebnisse wären ohne Nachhilfeunterricht noch dramatischer.*

Eine Studie zur „Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Nachhilfeunterricht“, die an der Fakultät für Pädagogik der Universität Bielefeld durchgeführt wurde, kommt zu überraschenden Ergebnissen: Demnach ist professioneller, kommerzieller Nachhilfeunterricht mehr als nur eine kurzfristig gedachte und in seiner Wirksamkeit auf das entsprechende Nachhilfefach beschränkte Soforthilfe. Vielmehr werden den Nachhilfeschülerinnen und -schülern vielfach Lernkompetenzen vermittelt, von denen sie längerfristig und auch fächerübergreifend profitieren. Für die Studie wurden Eltern und Schüler des größten Anbieters kommerzieller Nachhilfe, des Studienkreises, befragt - bundesweit repräsentativ ausgewählte Personen (418 Nachhilfeschüler mit jeweils einem Elternteil), verteilt auf insgesamt 43 Standorte des Studienkreises. Die Befragten schreiben den Nachhilfelehrkräften zum Teil mehr Kompetenzen zu als den Fachlehrern in der Schule.

http://bis.uni-bielefeld.de/infomanager/SilverStream/Pages/Pressemitteilungen_Detail_Web.html?query=PRESEMITTEILUNGEN.ID+%3D+39576

Nachhilfemarkt boomt - 2 bis 3 Mrd. Euro pro Jahr

Nach neueren Schätzungen geben Eltern von Schulkindern mindestens 2 bis 3 Milliarden Euro jährlich mit steigender Tendenz für kommerzielle Nachhilfe aus. Wer für sein Kind Nachhilfe organisiert, muss bei wöchentlich 90 Minuten Nachhilfe pro Monat mit ca. 50 Euro für privat erteilte und 150 Euro für institutionelle/kommerzielle Nachhilfe rechnen.

<http://www.gew.de/Binaries/Binary25305/md-nachhilfe-material.pdf>